

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Siegmar Mosdorf, SPD-Landesgeschäftsführer von Baden-Württemberg, warnt vor "Bonner Verhältnissen" in Stuttgart. Seite 1

Karl Weinhofer MdB legt erschütternde Zahlen über die reale Lage der Arbeitslosen vor.
Seite 3

Horst Peter MdB erläutert die "kriegswissenschaftliche" Vorbereitung der Union auf den Herbst. Seite 5

Klaus Lennartz MdB stellt ein Beispiel für die Wendepolitik vor: Wie ein Jugendclub behindert wird. Seite 7

38. Jahrgang / 140

26. Juli 1983

Der Figaro der CDU: Lothar Späth

Die Südwest-CDU als verlässlicher Freund der Zimmermänner und Co.

Von Siegmar Mosdorf
SPD-Landesgeschäftsführer von Baden-Württemberg

Überall, wo das Medienklavier spielt, pirscht sich auch der Figaro der CDU, Lothar Späth, an die Kanäle. Manchmal überrascht er seine Klientel mit Renaissance-Stücken, die aber überhaupt nichts mit seiner tatsächlichen politischen Arbeit und der seiner Landesregierung zu tun haben. Dann wieder legt er Barock-Stücke auf, die seiner eigentlichen politischen Position entsprechen. Dabei bemüht sich Späth seit dem 6. März, nachdem er sich nicht mehr gegen die SPD/FDP-Regierung profilieren kann, sich gegen die Bundes-CDU zu profilieren. Er achtet bei seinen Publicity-Aktionen strikt auf die Ausgewogenheit nach dem Muster "zwei links, zwei rechts".

Nach dem 6. März hat er in Zweifel gezogen, daß es in den nächsten Jahren in der Bundesrepublik per Wachstumspolitik überhaupt zu einem Aufschwung kommen kann, ob-



wohl er vor dem 6. März genau diese Position gegen die SPD gewendet immer vertreten hat und jetzt schlägt er eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts vor, die weit über die Holzhammermethode von Innenminister Zimmermann hinausgeht.

Es ist immerhin interessant, daß Späth ausgerechnet bei einem so empfindlichen Punkt der Rechtspolitik sein liberales Mäntelchen abstreift und Zimmermann gar noch übertreffen will. Nur daß es Späth mit dem "Krötenschlucker" Morlock einfacher haben wird als Zimmermann es mit Baum. Späth will mit seinen Vorschlägen zur Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts nicht nur Demonstranten kriminalisieren, sondern friedlichen Demonstrationen den Stempel der Unehrenhaftigkeit aufdrücken. Deutlich wird an diesem Punkt überdies, daß nicht eingetreten ist, was gerne beschworen und von manchen vielleicht befürchtet wurde: Daß die Späth-CDU sich gegenüber der Filbinger-CDU unterscheiden würde. Es zeigt sich, daß die CSU in der Südwest-CDU nach wie vor ihren treuesten Verbündeten hat, wenn es darum geht, Liberalität und Rechtsstaatlichkeit zurückzudrängen.

Wenn sich nun im Hinblick auf den 23. März 1984 die Konstellation ergeben sollte, daß Späth zusammen mit dem "Krötenschlucker" Morlock eine Koalition eingeht, dann haben wir auch in Baden-Württemberg Bonner Verhältnisse.

(-/26.7.1983/bgy/va)

+ + +



Wenn Kohl Bescheidenheit predigt

Erschütternde Zahlen über die reale Lage der Arbeitslosen

Von Karl Weinhofer MdB

"Die künftige Sozialpolitik wird sich auf das Wesentliche konzentrieren müssen. Die Richtschnur kann nur sein: "Lieber bescheidener, dafür aber dauerhaft und verlässlich." Mit diesen wohlklingenden Worten versucht die Bundesregierung dem Bürger die Folgen ihrer rigorosen Politik der Sozialdemontage näherzubringen. Und: "Zur Entfaltung ihrer Leistungskraft braucht die Soziale Marktwirtschaft allerdings ausreichenden Freiraum. Je mehr der Staat sich zurückhält und dem einzelnen seine Freiheit läßt, desto größer ist ihr Erfolg"; so steht es an anderer Stelle in dieser Regierungsbroschüre zum Bundeshaushalt 1983.

Für einen zynischen Betrachter der beschäftigungspolitischen Entwicklung seit der großen Wende böten diese beschönigenden Allgemeinplätze natürlich eine Menge Stoff: Der wohlmeinende Staat hält sich mit den Zahlungen an Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger vornehm - aber verlässlich - zurück, denen damit ein etwas bescheideneres Leben ermöglicht wird. Dafür können sie sich auf dauerhafte Arbeitslosigkeit einrichten, da sich der Staat die gleiche Zurückhaltung in Bezug auf aktive Beschäftigungspolitik auferlegt.

Die Situation ist allerdings viel zu ernst, als daß derartige Zynismus am Platze wäre. Das, was diese Bundesregierung ihren Bürgern mit dem Appell an die "typisch deutschen" Tugenden - Bescheidenheit, Verlässlichkeit, Leistungsbereitschaft - nahebringen will, ist für die Betroffenen bitterster Ernst.

Es sollen hier nicht noch einmal die gesamten globalen Auswirkungen der Umverteilungspolitik, die diesen Haushaltsbeschlüssen zugrundeliegen, aufgezeigt werden. Diese sind schon Gegenstand zahlreicher Untersuchungen und Darstellungen gewesen. Notwendig erscheint es mir aber, diesen Verweis auf Bescheidenheit, der in sich einen beispiellosen zynischen Umgang mit den Lebensnöten von Hunderttausenden von Menschen



trägt, die von der Regierungspolitik betroffen sind, mit einigen realen Zahlen zu konfrontieren. Bescheiden kann sich schließlich nur der, der vorher so viel hatte, daß er sich um seine Existenzgrundlage nicht zu sorgen brauchte, und dem man nun immer noch so viel gibt, daß er gut zurechtkommen kann.

Daß davon bei den Empfängern von Arbeitslosengeld und -hilfe in den überwiegenden Fällen nicht die Rede sein kann, weist eine Studie in den WSI-Mitteilungen des DGB vom Juli 1983 nach.

Danach erhielt ein Arbeitsloser im Jahre 1982 durchschnittlich 975 DM netto im Monat, das waren rund 51 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens eines Beschäftigten. Bei Empfängern von Arbeitslosenhilfe lagen die Beträge mit 793 DM beziehungsweise 42 Prozent noch einmal beträchtlich niedriger. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen erhielten aber nur etwa 45 Prozent Arbeitslosengeld und etwa 16 Prozent Arbeitslosenhilfe. Viele Arbeitslose werden mehr und mehr in den Bereich der Sozialhilfe abgedrängt, die ebenfalls den Kürzungen der Regierung ausgesetzt war und ist.

Wie drastisch sich die finanziellen Schwierigkeiten für viele Arbeitslose darstellen, illustrieren noch folgende Zahlen:

- Ende Februar 1983 erhielten rund 36 Prozent aller Arbeitslosengeldbezieher monatlich weniger als 800 DM, 26 Prozent zwischen 800 und 1.000 DM.
- 63,6 Prozent aller Arbeitslosenhilfebezieher erhielten monatlich weniger als 800 DM.
- Im Durchschnitt büßen Arbeitslose auch auf Basis des Haushaltseinkommens (eventuelle Doppelverdiener eingerechnet) immer noch bis zu 40 Prozent ihres vorherigen Nettohaushaltseinkommens ein.

Letztere Zahl zeigt den Trend, daß die Zahl derjenigen wächst, bei denen kein zweiter Verdienst in der Familie die Einbuße einigermaßen in Grenzen hält (vor allem alleinstehende Frauen, zum Teil mit Kindern, arbeitslose männliche Arbeiter). Wer sich diese Zahlen vor Augen führt, müßte sich eigentlich hüten, das Wort Bescheidenheit in einem solchen Zusammenhang zu erwähnen. (-/26.7.1983/vo-he/va)

+

+

+



Die Bevölkerung wird zugerichtet

Vor dem Herbst - Die Union der harten Hand in voller Aktion

Von Horst Peter MdB

Im Herbst dieses Jahres werden neue Raketen in der Bundesrepublik stationiert werden. Neue amerikanische Atomkriegsplanungen, mangelnder Verhandlungswillen, die Verknüpfung von Nichtmiteinander-Vergleichbarem im Verhandlungsstil, von Seiten der deutschen Regierung der Stationierungsfreibleib und die Verkennung des Doppelbeschlusses als Stationierungsbeschluß lassen keine andere Erwartung zu. Schließlich hat Strauß die Situation klar und deutlich skizziert, als er den Verhandlungsteil als Geburtsfehler des Beschlusses abtat und die psychologische Vorbereitung der Stationierung forderte. Die Kritiker der "Nachrüstung", die Friedensbewegung - ob sie nun die neuen Waffen als Mittel zum Erstschlag, zum Enthauptungsschlag, zur Gewinnung der Eskalationsdominanz oder der Möglichkeit der horizontalen Reaktion, oder als destabilisierend, weil die Sowjetunion in einer Spannungssituation die gefährlichen, aber verwundbaren Pershing II vorwegnehmend ausschalten will, sie die Sowjetunion zum Erstschlag einladend, herausfordernd ("Atomwaffen ziehen Atomwaffen an") einschätzen - sind trotz dieser Unterschiede in der Einschätzung einig in ihrem politischen Willen: Diese Raketen dürfen nicht stationiert werden.

Die von Strauß geforderte psychologische Vorbereitung läuft seit einigen Monaten auf vollen Touren. Spranger diffamiert die Friedensbewegung als kommunistisch gelenkt; Wörner erklärt, daß die Friedensbewegung letztendlich für die Stationierung verantwortlich sei. Vor Jahren forderte er schon, Schluß zu machen "mit der Perversion der Friedensdiskussion". Geißler steuerte seine Pazifismus-These und den Vorwurf der Ost-Finanzierung der Grünen bei. Nicht nur diese politisch-psychologischen Mittel werden "kriegswissenschaftlich" gehandhabt, dieses Prädikat trifft besonders für die flankierenden Maßnahmen zu:

- die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts ("Metall" schrieb dazu, "der Polizeiminister der Republik will für den Erstschlag gewappnet sein" unter der Überschrift "Nachrüstung gegen den Raketen-Protest");
- die Demontage des Prozeßverfahrensrechtes beschneidet die Position des rechtsuchenden Bürgers;
- wer als Demonstrant auffällt und Anlaß zum Sammeln von Erkenntnissen bietet, steht sowieso nicht unter dem Schutz der Rechtsstaatsgarantie (wiederum Spranger);
- Operationsplanungen der Polizeiführung kalkulieren bei zukünftigen Demonstrationen Tote auf beiden Seiten ein.

Kritische Beobachter des Auslandes, die eingedenk der deutschen Vergangenheit vor der deutschen Perfektion erschauern, könnten einwerfen, hier werde systematisch



Bürgerkriegs-Hysterie geschürt; am Ende könnten dann die Notstandsgesetze in Kraft gesetzt werden. Wer Psychologie in dieser Art und Weise als Massenpsychologie einsetzt, kann nur die Erzeugung von Massenhysterie wollen.

Mit kalter Logik setzt die Rechtsregierung in Szene, was die Kritiker der Abschreckungstheorie als innenpolitische Voraussetzung dieser Strategie bezeichnen: die innerstaatliche Feinderklärung, den Kalten Krieg im Inneren in Permanenz. Wer die absolute Waffe zum Einsatz gegen das "Reich des Bösen" in der Hinterhand hält, kommt ohne diesen Zustand nicht aus.

Die "kriegswissenschaftliche Handhabung" der Mittel kennzeichnet die Politik der CDU seit 1969. Die CDU wollte nicht durch sachliche, bessere Alternativen die Mehrheit gewinnen, sondern im opportunistisch-populistischen Sturmloch (Bildungspolitik). Jede Unruhe in der Bürgerschaft nutzt sie zur Emotionalisierung. Die Rechte will die Polarisierung, sie präsentiert Programm und Technik, das auf Inklusion, also Einschluß derjenigen zielt, die sich anschließen und auf Exklusion für alle anderen ("Freiheit statt Sozialismus").

Diese Machttechnik läßt sich auch in der aktuellen friedenspolitischen Auseinandersetzung beobachten. Die Wahlbürger, die mehrheitlich die Raketen ablehnen, sollen von der Friedensbewegung getrennt und zur Zustimmung bekehrt werden. Den Kirchen steht für die nächste Zukunft schon der Vorwurf, "nützlicher Idiot" des Ostens zu sein, ins Haus. Die aktiven und begleitenden Teile der Friedensbewegung sollen diffamiert, gespalten, minimalisiert und ausgegrenzt werden. Der übriggebliebene Rest, der berühmte harte Kern, kann dann umso härter mit Zustimmung der eingestimmten und zugerichteten Bevölkerung politisch attackiert und zum bloßen Objekt der polizeilichen Exekutivgewalt gemacht werden.

Die nächste Zeit wird nicht ohne weitere Auswürfe der Abteilungen Propaganda, Volksaufklärung, Psychologische Kriegsführung vergehen. (-/26.7.1983/bgy/va)

+ + +



Unter den Fittichen von Bernhard Worms

Wie sich die "Wende" ausnimmt für engagierte Jugendliche

Von Klaus Lennartz MdB

Die "geistig-moralische Erneuerung" hat nun wohl auch in einem Ordnungsamt meines Wahlkreises Fuß gefaßt. Während in Bad Hersfeld die Ehemaligen der Waffen-SS im städtischen Saal tagen konnten, wurde dem Jugendclub Courage in der Schlossstadt Brühl der Aufbau eines Informationsstandes untersagt. Originalton Ordnungsamt: "... weil zu bezweifeln ist, daß Sie für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten."

Dabei ist der Jugendclub Courage nach Auffassung des Jugendringes der Nachbarstadt von Brühl, Kürth, "eine jugendpflegerisch sehr aktive Jugendgruppe. Wir würden es begrüßen, wenn durch den Jugendwohlfahrtsausschuß des Erftkreises die förderungswürdige Anerkennung nach § 9 JWG ausgesprochen würde," meinte der Jugendring.

Auch in Mülheim/Ruhr wurde der Jugendclub einstimmig als anerkannter Träger der Freien Jugendhilfe eingestuft. Lediglich der einzige FDP-Oberkreisdirektor in Nordrhein-Westfalen, Dr. Helmuth Bentz, bezweifelt unter der Verantwortung von Landrat Dr. Bernhard Worms (CDU), Oppositionsführer in NRW und Spitzenkandidat für die Landtagswahl 1985, daß der Jugendclub für die Ziele des Grundgesetzes eintritt. Aus diesem Grund verweigerte er auch die Anerkennung als Freier Träger. Der Anwalt des Jugendclubs hat Widerspruch eingelegt.

Wer in der Stadt Brühl einen Informationsstand aufbauen will, muß nun wohl anerkannter Träger der Freien Jugendhilfe sein und eine verfassungsmäßige Unbedenklichkeitsbescheinigung des OKD vorweisen können. Die besten Voraussetzungen, um demnächst auch die SPD aus dem Straßenbild zu verbannen. (-/26.7.1983/bgy/va)

+ + +

